

## **Antrag**

**der Abgeordneten Thomas Reich, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,  
Krzysztof Walczak, Marco Schulz und Detlef Ehlebracht (AfD)**

### **Betr.: RKI muss unabhängig werden**

Das 1891 gegründete Robert-Koch-Institut (RKI) ist die zentrale Einrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung und -prävention sowie der anwendungs- und maßnahmenorientierten biomedizinischen Forschung und ist insbesondere zuständig für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten.

Zu den Kernaufgaben des Instituts gehört die Erarbeitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen als Basis für gesundheitspolitische Entscheidungen. Vorrangige Aufgaben liegen in der wissenschaftlichen Untersuchung, der epidemiologischen und medizinischen Analyse und Bewertung von Krankheiten mit hoher Gefährlichkeit, hohem Verbreitungsgrad oder hoher öffentlicher oder gesundheitspolitischer Bedeutung.

Nach außen tritt das RKI als unabhängige Institution auf, die einzig der Wissenschaft verpflichtet ist. Tatsächlich ist es aber eine Behörde, die dem Bundesgesundheitsminister untersteht und vollumfänglich aus dem Bundeshaushalt finanziert wird.

Die RKI-Leaks zeigen eindeutig, dass die Gesundheitsminister aus dieser Abhängigkeit direkt politischen Einfluss genommen haben, um wissenschaftliche Grundlagen für die massiven Grundrechtseinschränkungen herzustellen.

Am 3. Februar 2020 bewertete das RKI die Corona-Lage als wenig bedrohlich. „Die Gefahr für die Bevölkerung in Deutschland durch die neue Atemwegserkrankung ist aktuell weiterhin gering...“ Am 27. Januar 2020 wurde festgehalten: „Tragen von Mund-Nasenschutz für öffentliche Bevölkerung bei asymptomatischen Patienten nicht sinnvoll. Es liegt keine Evidenz vor als sinnvolle präventive Maßnahme für die Allgemeinbevölkerung...Es wird keine Bevorratung von Masken etc. empfohlen....“.

Demgegenüber beschloss die damalige Kanzlerin Merkel (CDU) im Dezember 2020 gemeinsam in der demokratisch nicht legitimierten Ministerpräsidentenkonferenz sogar FFP2-Masken gratis abzugeben.<sup>1</sup> Dazu das RKI: „Kann noch interveniert werden? Es ist ungünstig und gefährlich, wenn Masken von Laien benutzt werden.“<sup>2</sup>

Plötzlich setzte das RKI seine Risikoeinschätzung auf hoch und Versammlungen waren verboten, Geschäfte und Restaurants wurden geschlossen. Das öffentliche Leben kam zum Erliegen.

Im Protokoll des RKI vom 16. März 2020 heißt es unter Tagesordnungspunkt 3 Aktuelle Risikobewertung: „Am WE wurde eine neue Risikobewertung vorbereitet. Es soll diese Woche hocheskaliert werden. Die Risikobewertung wird veröffentlicht, sobald Herr Schaade ein Signal dafür gibt.“

---

<sup>1</sup> <https://www.aerztezeitung.de/Politik/Bundesregierung-plant-Versand-von-FFP2-Masken-ab-Januar-415673.html>

<sup>2</sup> RKI-Protokoll vom 16. November 2020, Seite 7

Es war also eine rein politische Entscheidung. Wäre der Schutz der Bevölkerung in Gefahr gewesen, dann hätte man umgehend gehandelt. Die Risikobewertung wurde vorbereitet und nicht getroffen. Dort steht nicht etwa, es müsse umgehend gehandelt werden. Es soll gehandelt „hocheskaliert“ werden, sobald ein Entscheidungsträger ein Signal dazu gibt.

Ungeimpfte wurden verunglimpft, von Politikern beschimpft und mussten gravierende Nachteile hinnehmen. Dass die Corona-Impfstoffe Immunität bringen, war ein Wunsch. Dies wurde aber von den Bundes- und Landesregierungen sowie den Medien als Tatsache dargestellt. Wenig später sprach sich auch das RKI für die Impfung aus trotz des Wissens um fehlenden Fremdschutz und schwerste Nebenwirkungen.

Weitere Beispiele des politischen Einflusses auf das RKI:

- So wurde die Risikobewertung am 29. Juni 2020 auf Ministerweisung hin auf „hoch“ belassen, obwohl die klinischen Zahlen auf ein Minimum gesunken waren: „Immer noch hohes Risiko, Vorgabe vom BMG: bis 1. Juli wird daran nichts geändert. Der Satz „Die Anzahl der neu übermittelten Fälle ist rückläufig.“ soll angepasst werden.“<sup>3</sup>
- „Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist abhängig von der Zustimmung des BMG, voraussichtlich nicht vor der MPK am 16.02.2022. Eine Herabstufung vorher würde möglicherweise als Deeskalationssignal interpretiert, daher politisch nicht gewünscht. Inhaltliche Überarbeitung und Diskussion werden auf nächste Woche vertagt.“<sup>4</sup>
- „Impfung von Kindern: Auch wenn (von) STIKO die Impfung für Kinder nicht empfohlen wird, BM Spahn plant trotzdem ein Impfprogramm.“<sup>5</sup>
- „Zurzeit ist auch eine Booster-Impfung von Kindern aus ministerieller Seite angedacht, obwohl dazu keine Empfehlung und teils keine Zulassung besteht. ...Die Aussage, dass vorzeitige Boostern schädlich sein kann und RKI davon abrät, sollte m.E. offiziell mit BMG oder Expertenrat kommuniziert werden.“<sup>6</sup>
- „Textentwurf Christian Drostens: Empfehlung für den Herbst, Darstellung der Ideen und Einschätzung (Folien hier). Kontext: Der Artikel ist vertraulich. Hr. Drostens hat zwischenzeitlich entschieden, das Papier nicht zu publizieren, da ungezielte Testung im Text als nicht sinnvoll betrachtet wird und dies dem Regierungshandeln widerspricht.“<sup>7</sup>
- „BMG möchte vermutlich Ausnahmen für Geboosterte für 3 Monate. Geimpfte müssen irgendwelche Privilegien erhalten, dies muss in Einreiseregulung enthalten sein.“<sup>8</sup>
- „Es gibt keine Anzeichen, dass Impfungen an Ausscheidungen etwas ändern. (...) Die fachlichen Empfehlungen werden beibehalten, solange es keine anderslautende Anweisung vom BMG gibt.“<sup>9</sup>
- So wurde die Risikobewertung am 29. Juni 2020 auf Ministerweisung hin auf „hoch“ belassen, obwohl die klinischen Zahlen auf ein Minimum gesunken waren: „Immer noch hohes Risiko, Vorgabe vom BMG: bis 1. Juli wird daran nichts geändert. Der Satz „Die Anzahl der neu übermittelten Fälle ist rückläufig.“ soll angepasst werden.“<sup>10</sup>

---

<sup>3</sup> RKI-Protokoll vom 29. Juni 2022, Seite 8

<sup>4</sup> RKI-Protokoll vom 9. Februar 2022, Seite 6

<sup>5</sup> RKI-Protokoll vom 19. Mai 2021, Seite 10

<sup>6</sup> RKI-Protokoll vom 15. Dezember 2021, Seite 6

<sup>7</sup> RKI-Protokoll vom 29. Juli 2020, Seite 9

<sup>8</sup> RKI-Protokoll vom 7. Januar 2022, Seite 9

<sup>9</sup> RKI-Protokoll vom 12. Oktober 2022, Seite 11

<sup>10</sup> RKI-Protokoll vom 29. Juni 2022, Seite 8

- „Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist abhängig von der Zustimmung des BMG, voraussichtlich nicht vor der MPK am 16.02.2022. Eine Herabstufung vorher würde möglicherweise als Deeskalationssignal interpretiert, daher politisch nicht gewünscht. Inhaltliche Überarbeitung und Diskussion werden auf nächste Woche vertagt.“<sup>11</sup>

Bemerkenswert ist auch, dass mindestens ein Protokoll des RKI (25. März 2020) drei Jahre nach Erstellungsdatum nachbearbeitet wurde, also kurz vor der erstmaligen Übermittlung der Protokolle (in stark geschwärtzter Fassung) an Multipolar nach dem Gerichtsurteil.<sup>12</sup>

Die schwersten Grundrechtseinschränkungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland beruhen nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen des RKI und anderen Experten, sondern rein auf politischen und ideologischen Wünschen.

Millionen Menschen sind durch die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen psychisch erkrankt, unzählige Mittelständler sind insolvent, Millionen Kindern und Jugendlichen wurde ein wichtiger Teil der Jugend geraubt. Angehörige mussten erleben, wie ihre Angehörigen einsam im Heim oder Krankenhaus starben. Niemand durfte zu Besuch kommen. Hunderttausende leiden an Impfschäden. Ungeklärt ist, wie viele an den Folgen der Impfung ihr Leben verloren.

Die freigelegten und nunmehr ungeschwärtzten RKI-Protokolle beweisen, dass die offiziellen Einschätzungen des RKI, die auch von Gerichten zu Rate gezogen wurden, geplant und rein politisch motiviert waren. Das RKI hat sich ministeriellen Zielen unterordnen müssen. Die RKI-Protokolle wurden nachträglich auf Weisung geändert.

Der Konflikt des RKI muss zügig gelöst werden, indem es organisatorisch als völlig unabhängige Institution aufgestellt wird, die lediglich der Wissenschaft verpflichtet und dem Einfluss der Politik entzogen ist.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. sich auf Bundesratsebene für die Installation eines weisungsunabhängigen RKI einzusetzen unter Herauslösung aus dem BMG (Bundesministerium für Gesundheit),
2. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2024 zu berichten.

---

<sup>11</sup> RKI-Protokoll vom 9. Februar 2022, Seite 6

<sup>12</sup> <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/rki-protokolle-nachtraeglich-aenderung/>